



Miltahader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 20 bei der Oberamtspoststelle Ruedersbach. — Druck: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 215

Fernruf 479

Samstag den 15. September 1934.

Fernruf 479

69. Jahrgang.

Internationales Protektorat über Oesterreich?

Italienische Bemühungen in Genf

Während die Franzosen in Genf alle Mienen springen lassen, um ihrem sowjetrussischen Freund Litwinow, der, anspruchsvoll und mit scheinbarer Kühle, in Genf sitzt und an den Entwürfen für das ihm zugedachte Einladungs-schreiben herunterschreibt, den Weg in den Völkerbund zu ebnen, bemühen die Italiener sich eifrig um Oesterreich und das, was sie das österreichische Problem nennen. Die Rede des Bundeskanzlers Schulzinnig läßt zwar für den, der die Sprache des Schwachen zu deuten versteht, das Bemühen erkennen: Oesterreich politisch aus der Problematik, in die es hineingestellt werden soll, herauszulösen. Sie klingt in dem Teil, der sich mit den politischen Fragen beschäftigt, sehr stark an die Rede an, die Schulzinnig am 2. September auf dem Berge III bei Innsbruck hielt. Auch damals betonte er wie jetzt, daß Oesterreich da sei, daß man es leben lassen und das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes achten müßte. Wenn er diesmal vor dem internationalen Forum ein Eingehen auf die unglückselige Grenzziehung mit einer Bemerkung, die sachlich immerhin deutlich genug war, ablehnte, hat er auf dem Berge III ganz offen ausgesprochen, daß die Oesterreicher sich die Grenzen ihres Landes nicht ausgesucht hätten und daß sie nicht an ihnen schuld seien. Und er hat damals noch recht eindeutig hinzugefügt, die Oesterreicher hätten die Aufgabe, darüber zu wachen, daß nicht ein Fuß breit deutschen Bodens dieses Landes irgend wann und irgend jemandem überantwortet werde. Nur auf wirtschaftlichem Gebiet hat Schulzinnig jetzt in Genf an die Mitarbeit der anderen Länder appelliert. Oesterreich sei bereit, mit allen Staaten in Unterhandlungen einzutreten, die hierzu geneigt seien.

Wenn aus diesen Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers zweifellos der Wunsch spricht, sich gegen eine neuerdings allzu heftig zutage getretene politische Hilfsbereitschaft gewisser Staaten etwas zu distanzieren, gehen die italienischen Absichten offenbar in anderer Richtung, und es scheint, daß ihnen dabei die Unterstützung Frankreichs zuteil wird. In den letzten Tagen haben mehrere ausgiebige Unterhaltungen zwischen Schulzinnig, dem italienischen Völkerbundsdelegierten Moisi, dem französischen Außenminister Barthou und dem englischen Außenminister Simon stattgefunden. Im Anschluß an sie ist von italienischer Seite befähigt worden, daß in Genf Verhandlungen über einen allgemeinen Unabhängigkeitspakt zugunsten Oesterreichs geführt würden. Italien bemüht sich, ein Abkommen aller an Oesterreich grenzender und an Oesterreich interessierter (!) Staaten zustande zu bringen, in dem die österreichische Unabhängigkeit noch einmal ausdrücklich proklamiert und garantiert werden soll. Das würde praktisch natürlich die Aufrechterhaltung eines internationalen Protektorats über den Staat bedeuten, der durch seinen leitenden Staatsmann nun schon wiederholt erklären ließ, er wüßte nur, daß man ihn leben lasse und das Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung achte. Herr Schulzinnig ist leinerzeit am 2. September aber gerade mit Rücksicht auf diese Bestrebungen noch viel deutlicher geworden. Er erklärte damals, man habe in Oesterreich vollkommenes Verständnis dafür, daß es u. U. notwendig sein könne, Aufsichtsorgane zu bestellen, aber er fügte hinzu: „Meinetwegen in Afrika, aber nicht bei uns in Oesterreich.“

Trotz der wiederholten Versicherung Schulzinnigs, daß die Existenzmöglichkeit Oesterreichs in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht gegeben sei, werden alle unvoreingenommenen Beobachter dahin übereinstimmen, daß die Schaffung dieses Staats, so wie er aus den Friedensverträgen von 1919 hervorging, auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist. Es ist das Verhängnis solcher Gebilde, daß sie mit ihren Sorgen nicht allein gelassen werden, sondern daß jeder direkt oder indirekt an ihnen Interessierte sich berufen fühlt, ohne Rücksicht zu ertheilen, sich um ihr „Wohl“ zu kümmern und sie, erbeten oder unerbeten, unter seine schützende Fittiche zu nehmen. Genau das ist die Lage Oesterreichs. Es zeugt nicht gerade für die Anerkennung der von all diesen besorgten Freunden Oesterreichs immer wieder so emphatisch betonten „Unabhängigkeit“ dieses Staates, wenn etwa Herr Mussolini Ende Juli 1934 in einem von einer Reihe europäischer und amerikanischer Zeitungen veröffentlichten Artikel erklärte, die Frage Oesterreichs sei eine geantropologische, wenn Herr Beneš vor den außenpolitischen Ausschüssen des tschechoslowakischen Senats und Abgeordnetenhauses sich im März 1934 sehr ausführlich mit den seiner Meinung nach bestehenden verschiedenen Lösungsmöglichkeiten des österreichischen Problems beschäftigte und dabei, natürlich ohne Oesterreich gefragt zu haben, sich souverän für eine dieser Lösungsmöglichkeiten, nämlich die internationale Garantie für die Unabhängigkeit Oesterreichs, entschied. Und nicht minder spricht es für die Verwirrung, die der staatlichen Selbständigkeit Oester-

Tagespiegel.

In der Völkerbundversammlung haben der englische und französische Außenminister sich gegen Polens Haltung in der Minderheitenschutzfrage gewandt und die Verletzung des Versailler Diktats festgestellt.

Der europäische Nationalitätenkongreß in Genf fordert weiteren Minderheitenschutz und wendet sich in einer Erklärung gegen den Abbau der Schutzbestimmungen.

Sowjetrußland soll Mitte nächster Woche seinen Einzug in den Völkerbund halten.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ führte am Freitag eine Fahrt über die Strecken der Reichs-Autobahnen aus, um 27 fremdländischen Vertretern diese Arbeiten zu zeigen.

Im Europaflug sind alle acht deutschen Flieger am Ziel in Warschau gelandet.

Der österreichische Bundeskanzler Schulzinnig wendet sich dagegen, daß Oesterreich zum Objekt der europäischen Politik gemacht wird.

reichs gegenüber Platz gegriffen hat, wenn von jugoslawischer Seite Ende Juli zwar der streng innerpolitische Charakter der damaligen Vorgänge in Oesterreich betont, gleichzeitig aber der Völkerbund als die allein zur Entscheidung über etwaige Maßnahmen berufenste Stelle bezeichnet wurde.

Herr Schulzinnig wird wissen, warum er sich der allzu lebhaften Sorge seiner italienischen und französischen Freunde um das von ihm regierte Land ein wenig zu erwehren versucht. Er wird sich der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 erinnern, die ihrem Inhalt nach die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs zum Ziel haben sollten und die doch in Wirklichkeit nur eine Knebelung des freien Selbstbestimmungsrechtes des österreichischen Volkes bedeuteten. Dafür, daß die Wiener Regierung diesen Staatsvertrag mit Großbritannien, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei unterzeichnete, wurde ihr gnädigst die Genehmigung erteilt, Staatsobligationen in Höhe von 650 Millionen Goldkronen auszugeben, für die die Vertragspartner eine gewisse Zins- und Tilgungsgarantie übernahmen, freilich ohne daß dadurch in den Folgejahren die katastrophale Entwicklung des österreichischen Staatsbudgets verhindert werden konnte. Und als man Oesterreich im Juli 1932 im Schoße des Völkerbundes notgedrungen durch die sogenannte *Laujaner Anleihe* eine neue wirtschaftliche Hilfe bewilligte, ist sie zunächst auf dem Papier stehen geblieben. Es hat bis ins Jahr 1934 hinein gedauert, ehe die letzten von den einzelnen Staaten übernommenen Tranchen ausgelegt wurden und Oesterreich also in den Genuß der Anleihe kam, von der es im übrigen praktisch wenig hatte, da es sie größtenteils vertragsmäßig zur Abdeckung anderer internationaler Schulden verwenden mußte.

Die „europäische Lösung“, die die italienische Diplomatie jetzt in Genf für die österreichische Frage herbeizuführen sucht, hat, von anderem abgesehen, auf jeden Fall das eine gegen sich, daß sie niemals eine österreichische Lösung sein wird. Die könnte nur durch das österreichische Volk selbst in freier Wahl erfolgen.

Italienische Pläne um Oesterreich

Genf, 14. Sept. Die Außenminister der Kleinen Entente haben verschiedene Vorschläge durchgesprochen, die hauptsächlich von italienischer Seite im Hinblick auf die österreichische Frage angeregt worden sind. So hat man über das bereits bekannte Projekt eines „Nicht-Interventions-Paktes“ gesprochen, zu dessen Unterzeichnung auch Deutschland aufgefordert werden soll. Dann wurde angeblich der Plan eines Garantiepaktes mit Sanktionen erwogen für den Fall, daß Deutschland den erstgenannten Pakt ablehnen sollte. Bei alledem aber hat es sich, wie betont wird, nur um Anregungen und vorbereitende Besprechungen gehandelt. Parallel mit dieser Besprechung der Außenminister der Kleinen Entente unter sich gehen bekanntlich Verhandlungen, die von den Großmächten mit dem österreichischen Bundeskanzler Schulzinnig geführt werden. Ueber die Ergebnisse wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Man weiß aber, daß die italienische Diplomatie besonders rego ist und in der österreichischen Frage auch in Genf einen maßgebenden Einfluß auszuüben sucht.

Die polnische Erklärung in Genf

Zum Minderheitenschutz

Die Erklärungen des polnischen Außenministers Beck über die Beseitigung der praktischen Wirksamkeit der internationalen Minderheitenschutzverpflichtungen für Polen haben in den interessierten Genfer Kreisen große Bewegung

und zum Teil starke Erregung ausgelöst. In neutralen Kreisen weist man darauf hin, daß noch niemals vor dem Völkerbund in dieser Form ein internationaler Vertrag offen als unwirksam erklärt wurde. Man glaubt, daß damit der ganzen Völkerbundsidee ein schwerer Schlag zugefügt worden ist. In neutralen Kreisen wird gleichfalls betont, daß Polens Erklärung mit einer praktischen Revision der Friedensverträge gleichzusetzen sei, da der Minderheitenschutzvertrag ein wesentliches Ergänzungsstück zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages über die territorialen Fragen im Osten sei, was nicht nur aus dem Vertrag selbst und der Präambel des Minderheitenschutzvertrages, sondern auch aus der Vorgeschichte des letzteren, insbesondere der Note Clemenceaus an den damaligen polnischen Ministerpräsidenten Paderewski vom 24. Juni 1919 hervorgehe.

Ueber die Hintergründe der polnischen Erklärung werden die verschiedensten Vermutungen laut. Man fragt sich, warum Polen nicht bis zur Entscheidung über seinen Antrag auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes gewartet hat. Die polnische Erklärung wird dabei dahin ausgelegt, daß Polen nach seinen bisherigen Sondierungen die Annahme seines Antrags auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes für völlig ausgeschlossen hielt und deshalb schon jetzt die voranzuziehende Folgerung gezogen hat.

Der Eindruck im Ausland

Paris über Polens Haltung schwer verstimmt

Paris, 14. Sept. Die Ausführungen des polnischen Außenministers Beck über die Minderheitenfrage und die gleichzeitig aus London eintreffende Nachricht, daß Oberst Beck durch Vermittlung Edens der englischen Regierung einen abschlägigen Bescheid in der Ostfrage gegeben habe, haben in Paris außerordentlich verstimmt. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur schreibt, die Schlussfolgerungen Beck seien eine glatte Kündigung der von Polen eingegangenen Verpflichtungen. Niemand sei auf die einseitige Ablehnung dieser internationalen Verpflichtungen gefaßt gewesen. Das Auftreten Polens habe um so mehr überrascht, als der Minderheitenvertrag von 1919 wie auch der Versailler Vertrag ein reguläres Konventionsjahr vorstehe. Der Genfer Berichterstatter des „Journal des Debats“ sagt, der Vertrag sei durch einen Sabelhieb des Marschalls Pilsudski zerlegt worden. Was wird aus den Verträgen, wenn dem Völkerbund ein Staat in irgend einem Augenblick erklären könne, daß er nicht mehr seine Verpflichtungen anerkenne. Wohin steuere der Völkerbund, wohin die Welt? Das „Devoir“ bezeichnet den polnischen Schritt als den Aufstand eines Landes gegen den Völkerbund, dem es überhaupt erst sein Beisein verdanke. Es sei der schwerste Schlag, den die Genfer Einrichtung bisher erhalten habe; selbst der Austritt Deutschlands sei in den Augen vieler verständlich gewesen. „Jour“ fragt, ob man Polen vor den Haager Schiedsgerichtshof stelle, gegen dessen Urteil es keine Berufung gebe.

In England Ueberraschung und Besorgnis

London, 14. Sept. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ spricht von einem polnischen Ultimatum, der liberale „News Chronicle“ von einem gegen den Völkerbund gerichteten Schlag, die „Times“ von einem ersten Schritt, die dem Völkerbund abgeneigte rechtskonservative „Morningpost“ läßt sich eine gewisse Befriedigung über diese neueste Entwicklung anmerken. Den Standpunkt der britischen Abordnung dürfte eine Neutermeldung wiedergeben, in der es u. a. heißt: In Völkerbundstreifen werde Polens Vorgehen sehr ernst beurteilt, denn die Unterzeichnung des Minderheitenvertrages sei eine Vorbedingung für die Gewährung der polnischen Unabhängigkeit gewesen.

Die Kleine Entente schließt sich dem Standpunkt Beck an

Genf, 14. Sept. Ueber die Konferenz der Kleinen Entente erfährt man, daß die Vertreter der drei Staaten den Standpunkt Polens zur Minderheitenfrage, wie er durch den polnischen Außenminister Beck dargelegt worden ist, sich im Prinzip zu eigen gemacht haben und daß sie sich ausdrücklich gegen jede Diskriminierung eines Staates durch einseitige Minderheitenschutzverpflichtungen ausgesprochen haben.

Aus dem Völkerbund

Drei Außenminister nehmen zu der Minderheiten-erklärung Beck Stellung

Genf, 14. Sept. Zu Beginn der Vollversammlung des Völkerbundes am Freitag begrüßte der Vertreter Chinas den Anspruch seines Landes auf die Wiederwahl in den Völkerbundsrat und befürwortete den Eintritt Sowjetrußlands. Dann sprach als zweiter Redner der englische Außenminister Simon. Er erwähnte, daß er ursprünglich nicht die Absicht gehabt habe, zu sprechen und er überhaupt der Ueberzeugung sei, daß es „gerade bei der gegenwärtigen ersten Lage des Völkerbundes“ viel wichtiger sei, hier praktische Politik zu machen und sich mit den vielen ungelösten Fragen und den tatsächlichen Aufgaben dieser Völkerbundstagung zu befassen. Er habe sich aber durch die Erklärung des polnischen Außenministers



